

Mit der Gründung des Landesarbeitskreises „Migranten“ hat die CDU in Niedersachsen einen für ihre Identitätsbildung sehr bedeutenden Schritt getan. Sie hat durch ihren Akt der Offenheit das identitätsstiftende „C“ in ihrem Namen bestätigt und durch ihre Anerkennung der sozialen, politischen und kulturellen Relevanz von Migranten im gesamtgesellschaftlichen Gefüge auch ihrem „D“ Rechnung getragen. Durch die Intensivierung ihrer Integrationspolitik hat die CDU in Niedersachsen gezeigt, dass sie das Potenzial von Menschen aus anderen Kulturkreisen schätzt und dass sie bereit ist, dieses Potenzial im politischen Leben zu nutzen. Dabei hat von allen deutschen Parteien gerade die CDU besonders gute Chancen, Einwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund erfolgreich anzusprechen. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Es ist im politischen Diskurs bereits hervorgehoben worden, dass viele der in Deutschland ansässigen Migranten einen konservativen Hintergrund haben, sodass ihnen die Werte der Union, beispielsweise in Bezug auf Ehe und Familie, tendenziell näherliegen als die der linken Parteien. Dem ist sicherlich so, man muss sich aber dennoch darüber im Klaren sein, dass auch Konservativität kulturgebunden ist: Ein konservativer Nachkomme osteuropäischer politischer Emigranten etwa vertritt mit Sicherheit nicht die gleichen Werte wie ein konservativer Einwanderer aus dem Mittleren Osten. Das sollten sowohl die CDU als auch ihre Mit-

glieder mit Migrationshintergrund immer wieder bewusst wahrnehmen, um einen ehrlichen Dialog zu ermöglichen. Konservativität als Haltung kann und soll verbinden, muss aber immer mit konkreten Inhalten erfüllt sein.

Der zweite Grund für einen besonderen Bezug der Migranten zur CDU ist, dass viele von ihnen aus Ländern kommen, die in der Vergangenheit unter linkem Totalitarismus erheblich gelitten haben. Viele Menschen aus Ost- und Südosteuropa sind gerade deswegen nach Deutschland gekommen, weil ihre Länder durch den Sozialismus verwahrlost worden waren. Sie stehen daher utopischen linken Vorstellungen generell skeptisch gegenüber: angesichts der neuen Entwicklungen auf der linken Seite des deutschen politischen Spektrums eine sehr wichtige Haltung. Darüber hinaus fand in vielen ost- und südosteuropäischen Ländern nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eine Wiedergeburt der traditionellen Werte statt, für die auch die CDU steht. Hiermit in Verbindung steht auch die Bereitschaft der Migranten aus Ost- und Südosteuropa, sich offen und ehrlich mit der Geschichte zu befassen und auch Themen anzusprechen, die für die gebürtigen Deutschen häufig empfindlich sind – etwa die Leiden der Deutschen in Ost- und Südosteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Bereich könnte sich durch das Engagement der Migranten ein positives Dialogpotenzial innerhalb der CDU entfalten.

Schließlich sind die ehrliche Haltung

der CDU und ihre offen ausgesprochenen Erwartungen in puncto Integration auch ein Grund, der viele Migranten dazu bewegen kann, sie zu unterstützen. Auch die Einwanderer haben erkannt, dass die Multikulti-Haltung der linken Parteien lediglich eine selbstgefällige Pose war, eine im Kern elitistisch angehauchte, bevormundende Haltung der ewig Pubertierenden, die in einem Moment zum Establishment geworden waren. Dabei war es den deutschen Multikulti-Predigern wichtiger, eigene Fantasien zu verwirklichen, als den Vorstellungen und Bedürfnissen von Migranten in der Politik Rechnung zu tragen. Denn die Menschen aus anderen Ländern kamen nicht nach Deutschland, um hier als „authentische“ ethnische Kuriositäten gepflegt, ausgestellt und betrachtet zu werden, sondern um in einem rechtlich und ökonomisch stabileren System zu leben, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu bieten und auch ihre Familien in den Heimatländern zu unterstützen. Durch ihr akti-

ves Fördern und offenes Fordern von Integration bietet die CDU den Migranten die besten Chancen, diese Wünsche zu verwirklichen.

Das Fordern von Integration schließt dabei die Offenheit für das Anderssein von Menschen aus anderen Kulturkreisen nicht aus. Im Gegenteil: Man kann nicht gemeinsam politisch gestalten, wenn man sich gegenseitig nicht versteht. Aber die Prioritätensetzung muss klar sein, und die höchste Priorität muss – sowohl im Interesse der Einwanderer und ihrer Nachkommen als auch im Sinne der Funktionsfähigkeit der deutschen Gesellschaft – die Integration haben. Weder die Migranten noch die Deutschen dürfen in ihren Köpfen Mauern errichten, wenn sie eine bessere Zukunft gestalten wollen. Die Integration wird erst dann wirklich gelingen, wenn Einwanderer und „Herkunftsdeutsche“ bei allem Bewusstsein für kulturelle Unterschiede zwischen ihnen ohne jegliches Unbehagen sagen und fühlen können: „Wir sind ein Volk!“

Der neue Teil vom deutschen Wir

„Zu lange sind die Zuwanderer als Double ihrer Verteidiger in Stellung gebracht worden: als Gegner dieser Gesellschaft, mit der viele Multikulturalisten oft genug noch eine Rechnung offen hatten. Dies scheint sich zu ändern, auch weil deutlich wird, dass die Festbeschreibung der Opfer- und Außenseiterrolle bei Migranten zu selbstzerstörerischer Resignation geführt hat. Ausgerechnet der gut gemeinte Sozialstaat hat viele türkische Migranten von der Integration abgehalten. Der für Arbeitsunwillige immer noch bequeme Sozialstaat verhilft zu Parallelgesellschaften, weil der Druck, sich – abseits des monatlichen Besuchs des Sozial- oder Arbeitsamts – mit dem Rest der Gesellschaft auseinanderzusetzen, gegen null tendiert. Dabei müssen die Einwanderer zu mehr Ehrgeiz ermuntert werden: Dafür gibt es in Musik, Film und in der Literatur einige Beispiele, doch noch viel zu wenige. Die Fußball-WM 2006 hat deutlich gemacht, dass auch der Patriotismus ein Instrument der Integration sein kann: In jenem Moment, wo die Deutschen auch dem letzten Skeptiker zeigen konnten, dass ihr Verhältnis zur Nation nicht nur neurotisch ist, wuchs die Attraktivität, sich mit Schwarz-Rot-Gold zu identifizieren. Die neue Normalität im Miteinander entsteht dann, wenn Gutmenschen nicht länger das Gefühl haben, sich schützend vor Migrationsversager stellen zu müssen, sondern anfangen, diese zu fordern. Gerne auch hart. Es wäre ein Zeichen, dass die Mehrheitsgesellschaft Migranten nicht mehr als Gäste oder Opfer begreift, sondern als Teil eines Wir, das für die Zukunft des Landes Verantwortung übernehmen muss.“

Ulf Poschardt am 30.1.2009 in *Die Welt*